## Die Entwaffnungsfrage in Bayern.

Die Frist für die Ueberreichung der Listen der aufzulösenden Organisationen wird, wie W. T. B. hört, eingehalten. Das „Berliner Tageblatt" meldet aus München, daß eine Mission, die der Abg. Heib im Auftrage der bayerischen Koalitionsparteien bei der Leitung der bayerischen Einwohnerwehr unternommen hat, von Erfolg gewesen sei. Eine Versammlung sämtlicher Gauleiter der Einwohnerwehr habe das Ergebnis gehabt, daß eine Mehrzahl der Anwesenden entschlossen ist, die von der Reichsregierung infolge der Annahme des Ultimatums gestellte Forderung auf Entwaffnung durchzuführen. Der „Berl. Lok.-Anz." erfährt zu der Meldung, daß die Frist für die Liste der aufzulösenden Organisationen eingehalten werden wird, aus München folgendes: Die Krise in Bayern scheint in letzter Stunde einer überraschenden Lösung entgegenzugehen. Man spricht von Selbstentwaffnung und Selbstauflösung der Einwohnerwehr, sodaß auch das Ministerium von Kahr und die bürgerliche Koalition erhalten bleibt.

Der Meldung einer demokratischen Zeitungs-Korrespondenz zufolge wird der Reichskanzler sich nach der Besprechung des Regierungsprogramms im Reichstage nach München begeben, um mit der bayerischen Regierung unmittelbar über die Einwohnerwehrfrage zu verhandeln.

## Die Wahrheit!

Briand erklärte im französischen Senat u. a.: Man müsse endlich dem französischen Volk die Wahrheit sagen und es darauf aufmerksam machen, daß Frankreich allein unfähig gewesen wäre, das Ruhrgebiet zu besetzen. Wer dem französischen Volke dieses vorgeredet hat, belog und betrog es. Auf eine Anfrage, ob die bis jetzt getroffenen Sanktionen aufgehoben werden, antwortete Briand: Nein, hierzu liegt kein Grund vor. Die Sanktionen hören nur dann auf, wenn Deutschland Beweise seines guten Willens gegeben hat. Ich glaube an den guten Willen Deutschlands, aber die Beweise sind noch nicht so klar, daß die Sanktionen aufhören können. Briand greift noch einmal in die Verhandlung ein und betont, General Nollet habe eine ungeheure Zerstörung der deutschen Waffen erreicht. Die französische Regierung sei entschlossen, den deutschen Militarismus bis in seine geheimsten Schlupfwinkel zu verfolgen.

## Das Urteil im 2. Kriegsbeschuldigten-Prozeß.

Das Urteil im Prozeß Müller vor dem Reichsgericht ist gestern mittag 1 Uhr verkündet worden. Der Angeklagte Hauptmann Müller wurde wegen Mißhandlung Untergebener, Zulassung einer Mißhandlung sowie wegen vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener zu einer Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Übrigen erfolgte Freisprechung.

In der umfangreichen Urteilsbegründung führte der Präsident u. a. aus: Die schweren Beschuldigungen sind nicht erwiesen, sondern geradezu widerlegt worden. Das Gefangenenlager befand sich hinter der Kampffront. Die dortigen Verhältnisse waren die denkbar ungünstigsten. Mit Nachdruck betont die Begründung, daß der Angeklagte ein pflichtgetreuer, diensteifriger Offizier war, der den Ehrgeiz hatte, seine Vorgesetzten zufriedenzustellen, und der alles getan hat, was in seiner Macht stand, um die nötigen Materialien für das Lager zu beschaffen. Daß der Angeklagte sich zu Ausschreitungen hat hinreißen lassen, ist durch seinen Diensteifer und durch seine Erkrankung an einem Herzleiden veranlaßt worden. Was die einzelnen Fälle betrifft, so ist angenommen worden, daß eine Meuterei nicht vorlag, und daß der Angeklagte sich nicht für berechtigt halten konnte, zur Abwehr der Meuterei so zu handeln, wie er es getan hat. Besonders hervorgehoben wird, daß der von dem englischen Zeugen bekundete Fall der Leichenschändung nicht als erwiesen angesehen wird, daß vielmehr diese Zeugenaussagen glatt widerlegt worden sind. Im übrigen hat das Gericht die als strafbar angesehenen Handlungen in demselben Sinne beurteilt wie der Oberreichsanwalt. In allen nicht als erwiesen angesehenen Fällen ist auf Freisprechung erkannt worden. Der Zwang der Kranken zur Arbeit ist als der schwerste Fall, und das Anbinden als zweitschwerster Fall angesehen worden, das Gericht hat die Gefängnisstrafe gewählt, weil es sich um Mißhandlung kranker und unglücklicher vollständig dem Angeklagten preisgegebener Gefangener handelte.

•

Im englischen Unterhause erklärte der Atterney-General Sir Gordon Hewart, es liege kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß nach Abschluß der gegenwärtigen Reihe der Kriegsbeschuldigtenprozesse alle erheblichen Fragen einschließlich der gefällten Urteile von den in Betracht kommenden Mächten geprüft werden würden. Vor Eintreffen eines vollständigen Berichtes könne er nicht sagen, ob dem Parlament Gelegenheit gegeben werden würde, über die gefällten Urteile zu verhandeln.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

**12000 Bauarbeiter ausgesperrt.** Der „Lokalanzeiger" meldet aus Halle: Zur Abwehr tarifwidriger Streiks welche im Baugewerbe in Merseburg und Anhalt im Gange sind, sperrte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe gestern 12000 Bauarbeiter im Regierungsbezirk Merseburg und Anhalt aus, darunter 8000 Arbeiter auf den Leunawerken.

**Eine internationale Kulturliga.** In den letzten Tagen wurde in Prag die Gründung der Internationalen Kulturliga vollzogen, die sich die Aufgabe gestellt hat, die geistigen und physischen Arbeiter der ganzen Welt einander näher zu bringen.

**Die Internationale Konferenz zum Studium der Viehseuchen** hat in Paris ihre Beratungen abgeschlossen. Sie hat die Grundlagen für eine internationale Verständigung über vorbeugende Maßnahmen gegen gewisse ansteckende Tierkrankheiten festgelegt. Die Konferenz hat einstimmig die Schaffung eines ständigen internationalen Büros für Viehseuchen im Anschluß an die bereits bestehende Institution zur Bekämpfung der menschlichen Seuchen beschlossen. Auf der Konferenz waren 43 Länder vertreten.

**Sitzung des Reichskabinetts.** Das Reichskabinett hat gestern über die Gestaltung und Einzelheiten der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen verhandelt. Die Beratungen, an denen auch der neuernannte Wiederaufbauminister Dr. Rathenau teilnahm, sollen in einer heute stattfindenden Sitzung zum Abschluß gelangen.

**Die erste deutsche Milliarde.** Die letzten Formalitäten der Zahlung der deutschen Milliarde vor dem 31. Mai sind gestern in Paris erfüllt worden. Um 12 Uhr mittags hat Regierungsrat Dr. Mayer als Stellvertreter des abwesenden Staatssekretärs Bergmann der Reparationskommission 20 Stück Reichswechsel im Betrage von 200 Millionen Dollars mit folgendem Schreiben übermittelt: Im Auftrage meiner Regierung beehre ich mich hiermit in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplanes vom 5. dss. Mts. und in der von der Reparationskommission gewünschten Fassung 20 Stück Reichswechsel mit dreimonatiger Laufzeit über je 10 Millionen gleich 200 Millionen Standardbollars der Vereinigten Staaten von Amerika zu übermitteln, die sämtlich das Giro der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Dresdner Bank und der Disconto-Gesellschaft tragen. Reihe 40 Nr. 1 bis 8 ist zahlbar in Newyork, Reihe 41 Nr. 1 bis 8 in London und Reihe 42 Nr. 1 bis 8 in Paris. Ein Betrag von 25 783000 Dollars ist bereits, wie ich der Reparationskommission mit meinem Schreiben vom 12. ds. Mts. mitgeteilt habe, der Federal-Reserve-Bank in Newyork in Form von Reparationsanweisungen gewünschter Art mit Weisung zu Gunsten der Bank de France beim der Bank von England auf das Konto der Reparationskommission bei diesen Banken abgerufen worden. Die deutsche Regierung bietet ferner der Reparationskommission weitere 15 Millionen Goldmark in [illegible] Franken an.

Der neue Wiederaufbauminister. Aus Berlin schreibt man uns: Der Reichspräsident hat unseren Dr. Walther Rathenau zum Minister für den Wiederaufbau ernannt. Es ist eine merkwürdige Parallele, daß derselbe Mann zum Wiederaufbau gerufen wird, der 1914 die Rohstoffversorgung für die Industrie zu organisieren hatte. Rathenau ist der Vater der Zwangswirtschaft und es ist kein gutes Zeichen, daß man ihn der jetzt endlich wieder freien Wirtschaft überhaupt. Wenn man auch von vornherein gern erst die Taten dieses Mannes auf den neuen Posten abwarten möchte, so kann man doch nicht ohne große Bedenken die Berufung Rathenaus zum Wiederaufbauminister hinnehmen. Der Samstabend hat bereits eine Erklärung veröffentlicht, in der er eine scharfe Opposition für den Fall ankündigt, daß Rathenau den Versuch machen sollte, die seinerzeit mit Wissel und Möllendorf gemeinsam propagierten Planwirtschaftsgedanken in die Tat umzusetzen. Im allgemeinen aber kann man sagen, daß auch die Großindustrie zu jeder möglichen Mitarbeit gewillt ist. Bei den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften wird Rathenau sympathisch aufgenommen, seine erste Aufgabe wird auch sein, mit den Gewerkschaften an der Errichtung der 25000 Holzhäuser im zerstörten französischen Kriegsgebiet zusammenzuarbeiten. Auch im politischen Leben ist Rathenau, der im 55. Lebensjahre steht, mehrfach hervorgetreten, so als er 1907 und 1908 mit dem damaligen Kolonialstaatssekretär Dernburg Deutsch- und Südwestafrika bereiste und als er im Auftrage der Reichsregierung in Paris über die Mannesmannaffäre verhandelte. Seine Hauptbedeutung liegt auf industriellem und sozialpolitischem Gebiet, wo er mit den verschiedensten, manchmal auch verworrensten Ideen hervorgetreten ist.

### Neurußland Oesterreich.

**Der Finanzausschuß des Völkerbundes** hat seine Untersuchung über die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs abgeschlossen. Als Grundbedingung erachtet er eine Reform der Währung durch eine Emissionsbank, möglichst baldige Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und möglichst baldige Mobilisierung einer inneren Anleihe in bestimmter Höhe. Während die Emissionsbank so bald als möglich begründet werden soll, soll die Währungsreform nicht notwendig gleich eingeführt werden. Erste Pflicht der Bank sei, den Wechselkurs zu stützen. Der Ausschuß nimmt Kenntnis von den gebotenen Garantien und ist der Meinung, daß auf dieser Grundlage die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs mit berechtigter Hoffnung auf Erfolg unternommen werden kann. Bezüglich vorläufiger Zuschüsse an Oesterreich für die Uebergangszeit habe der Ausschuß bestimmte Zusicherungen erhalten, daß solche Vorschüsse in kurzem unter der Bedingung verfügbar sind, daß die österreichische Regierung ihr finanzielles Reformprogramm durchführt. Die Arbeiten des Ausschusses sind soweit vorgeschritten, um die Wiederherstellung des österreichischen Kredits zu gestatten.

### Norwegen.

**Der Generalstreik.** Gestern haben in Christiania Verhandlungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer begonnen, die heute fortgesetzt werden sollen. — Das Justizministerium hat gegen die Zeitung „Sozialdemokraten" wegen mehrerer Artikel, in denen die Behörden und besonders die Polizei kritisiert wurde, Strafantrag gestellt. — In der Provinz ist der Sonntag im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur in Drontheim kam es zu Straßenunruhen, bei denen Revolverschüsse in die Luft abgefeuert wurden.

### Rußland.

**Tschitscherin zurückgetreten?** Die Havasagentur veröffentlicht eine Meldung aus Helsingfors, wonach Tschitscherin als Kommissar für auswärtige Angelegenheiten zurückgetreten und durch Litwinow ersetzt worden sei.

### England.

**Der Bergarbeiterstreik.** Im Unterhaus erklärte Lloyd George, die Regierung beabsichtige nicht, ein Zwangsschiedsgericht zur Beendigung des Kohlenstreiks einzusetzen.

## Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 31. Mai 1921.

—* **Der Milchpreis.** Die Molkereigenossenschaft Riesa wird mit Rücksicht auf die wenig geklärten Verhältnisse nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Milch und Butter den Preis für die Milch ab 1. Juni nicht ändern, um den Versorgungsberechtigten dieses wichtige Nahrungsmittel nicht ohne Grund zu verteuern. Nur um dem Kleingeldmangel Rechnung zu tragen, wird der Preis von M. 2.16 auf M. 2.20 abgerundet. Sollte der Milch- und ganz besonders der Butterpreis sich an anderen Plätzen in steigender Richtung bewegen und der allgemeine Milch- und Buttermarkt steigende Tendenz aufweisen, so würde wohl auch hier mit einer Preissteigerung zu rechnen sein müssen, um die Milch- und Butterversorgung nicht zu gefährden.

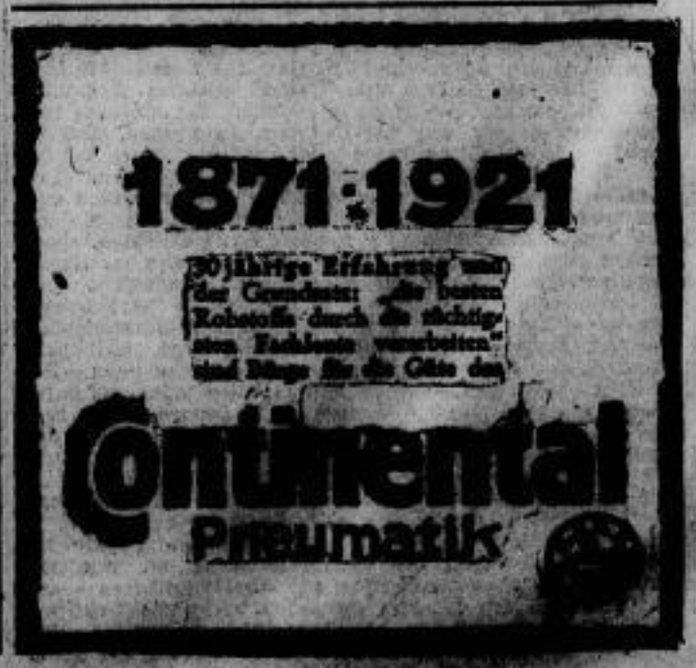
—* **Gastspiel der Gent M'ahesa.** Drei Tänzerinnen von Bedeutung sahen wir hier in letzter Zeit: die kaum jugendfrische Vera Waldheim mit ihrem außerordentlich stark modulationsfähigen musikalischen Stilgefühl, die in aller Schönheit erblühte barbantische Gestalt der Vina Gerzer mit ihrer balletthaften Gewandtheit und gestern die in voller Reife stehende Gent M'ahesa, deren gefühlsmäßige Grundlage durch einen starken Willen diszipliniert wird. Gent M'ahesa erfreut sich schon lange eines Weltrufes; sie steht neben den beiden Wiesenthals, der St. Denis, der Dero, der Gert, der Pawlowna, der Duncan und noch wenigen anderen mit an erster Stelle. — Hervorragende Leistungen bot die berühmte Tänzerin insbesondere mit ihren altägyptischen Tänzen (Cymbeltanz, Tempeltanz, Mondtanz), bei denen neben aller geschichtlichen Treue der ästhetisch sichere Wurf zum Ausdruck kam. Zeigten die Tänze des ersten Teils vorzugsweise ruhige, klassische Linien mit hoheitsvollen Bewegungen (ausgenommen den prächtigen Schwertertanz), so brachten die orientalischen Tänze des zweiten Teils (Siamesischer Tanz, Blumentanz, Maskentanz, Beduinentanz) üppige, lebhafte, phantastische Ausdrucksformen, die doch bei aller kraftvollen, strotzenden Ausdrucksfähigkeit durch Harmonie das Auge erfreuten. In dem einen schon angedeuteten Punkt unterschied sich die M'ahesa wesentlich von den beiden anfangs genannten Tänzerinnen. Sie zeigte nicht wie sie die weichen weiblichen (aber nicht weiblichen!) Formen, sondern bei allem Obenauf einen durch und durch disziplinierten kraftvollen Körper, der insonderheit dem etwas gemächlichen Stil Altägyptens besonders gerecht wurde. Dazu kamen noch die historischen Kostüme, die keine Oberflächenprobleme aufwiesen, sondern stilecht wirkten und mit dem tonischen Hintergrund ein stimmungsvolles Ganze bildeten. Der Gesamteindruck müßte noch größer gewesen sein, wenn die begleitende Musik nach orientalischen Motiven nicht durch ein Klavier, sondern durch ein kleines Orchester zur Ausführung gekommen wäre. Die Besucher waren sehr befriedigt von den Darbietungen, wie der lebhafte Beifall nach jedem Tanz erkennen ließ. Ca.

—* **Sächsischer Landesparteitag der Deutschen Volkspartei.** Unserem gestrigen Bericht über den Tagung der Deutschen Volkspartei in Chemnitz ist noch folgendes nachzutragen: Die Begrüßung der Deutschen Volkspartei war abermals [illegible] Beifall bedacht und sprach von [illegible] Hoffnung und unerschütterlicher Begeisterung in den Reihen der Partei. [illegible] u. a. die Wiederherstellung Deutschlands und der Gerechtigkeit zu der Welt. Nachher erschienen politische Maßnahmen wurden erörtert. Der Redner des Landesausschusses, Landtagsabgeordneter Schneller, hob die politische Haltung des Landtagsverbandes, wobei [illegible] Gäste aus dem Lande bei. Man bekannte sich einstimmig bis außerordentlich schwerwiegenden Fragen der Reichspolitik und Reste haben in den Mittelpunkt die positiven Gedanken zur Ueberwindung der aus dem jüngsten Diktate der Feinde zu erwartenden Schwierigkeiten. Den Erfordernissen vaterländischen Pflichtgefühls gegenüber traten in den Beratungen die Angelegenheiten der Parteipolitik völlig zurück. Der Nachmittag war der Stellungnahme zur Landespolitik gewidmet. Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Bänger erstattete ein Referat über die Arbeit der Landtagsabgeordneten und beleuchtete die Stellung der Partei zu den einzelnen Punkten, die in den letzten Wochen im Landtag zur Verhandlung standen. Weiterhin kritisierte er die sächsische Regierung, die in ihrer Tätigkeit einen Hohn auf den Parlamentarismus bedeute. Dann kennzeichnete er die vom parteipolitischen Gesichtspunkten und Erwägungen bestimmte Arbeitsweise der Minister Hepmann und Fleißner, die sich schon oft für das Land als äußerst schädigend und nachteilig erwiesen habe. Syndikus Dr. März brachte darauf folgende Entschließung ein, die einstimmig angenommen wurde: „Der Landesvertretertag dankt der sächsischen Landtagsfraktion für die von ihr geleistete umfassende und verdienstliche parlamentarische Arbeit. Er versichert sie seines vollen Vertrauens und bittet sie, wie bisher auch in Zukunft der sozialistischen Regierung gegenüber alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um das wohlverstandene Interesse des gesamten Volkes zu wahren. Der nach regierungsseitiger Feststellung für Hochverrat und Verbrechen verantwortlichen kommunistischen Partei dankt die Regierung ihr Dasein und ihren Fortbestand. Dieser würdelose Zustand muß beseitigt werden. Solange ihn die sozialdemokratischen Parteien aus Parteigründen geflissentlich fortsehen, kann dieser Regierung gegenüber nur schärfster Kampf die Losung sein." Nach kurzer Aussprache schloß die allgemeine Tagung mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die sächsische Stammesgenossenschaft.

— **Die Gewerbeaufsicht durch weibliche Beamte** wurde vom sächsischen Arbeitsministerium geregelt. Die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten haben bei der Ueberwachung der Ausführung aller Gesetze, der Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über Kinder- und Frauenarbeit, sowie der Arbeit jugendlicher Personen und der Hausarbeit ihre besondere Sorgfalt zuzuwenden, die Arbeiterinnen mit dem Inhalt und dem Wesen der zu ihrem Schutz erlassenen gesetzlichen Bestimmungen bekannt zu machen und so die Betriebssicherheit zu erhöhen und die Ergiebigkeit der Arbeit zu steigern.

—* **Postwünsche der sächsischen Industrie.** In § 1 Abs. 3 des Gesetzes über Postgebühren wird bestimmt, daß für die gebührenpflichtigen Dienstpostkarten- und Briefe der einfache Betrag nebst einem Zuschlag von 30 Pfg. nachgenommen wird. Diese Bestimmung bedeutet eine unnötige finanzielle Belastung für die Industrie, die sehr häufig Dienstpostkarten- und Briefe zugestellt bekommt. Der Verband Sächsischer Industrieller ist infolgedessen bei den zuständigen Stellen wegen Aenderung dieser Bestimmung und Verzicht auf die Erhebung des Zuschlages von 30 Pfg. vorstellig geworden.

—* **Strafverfolgung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Schneller?** Wie der Telunion-Sachsendienst meldet, liegt dem Landtag der Antrag auf Strafverfolgung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Schneller vor. Schneller, der im Krieg zum Offizier befördert worden war und gegenwärtig als Volksschullehrer im Erzgebirge wirkt, wird beschuldigt, an den mitteldeutschen Unruhen tätig teilgenommen zu haben.

—* **Auslosung Sächsischer Staatspapiere.** Am 30. d. M. hat eine abermalige Auslosung Sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die auf 3½ v. H. herabgesetzten, vormals 4zinsigen Staatsschulden-Kassenscheine von den Jahren 1852/55/58/59/62/66 und 68 sowie die durch Abstempelung in 3½zinsige und 4zinsige Staatspapiere umgewandelten Löbau-Zittauer Eisenbahnaktien betroffen worden sind. Die Inhaber derartiger Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der „Sächsischen Staatszeitung" und dem „Dresdner Anzeiger" veröffentlicht, auch bei sämtlichen Finanzkassen (Bezirkssteuereinnahmen), sowie bei allen Stadträten, Bürgermeistern und Gemeindevorständen des Landes zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden.

* **Gröba.** Von der Landkrankenkasse Gröba geht uns zu Punkt 8 des Berichts über die öffentliche Gemeinderatssitzung Gröba in Nr. 119 des „Riesa. Tagebl." eine längere Richtigstellung bez. Aufklärung zu, der wir folgendes entnehmen: Es könne keine Rede davon sein, daß die Landkrankenkasse Gröba einen Beitrag von der Gemeinde Gröba beanspruche. Die Kasse sei finanziell so gut fundiert, daß sie in dieser Beziehung auf den Kopf des Mitgliedes das Vermögen berechnet, mit mancher mittleren oder sogar größeren Ortskrankenkasse gleichgestellt werden könne. Sie brauche also keine Unterstützung aus Gemeindemitteln, ebensowenig habe sie eine Vereinigung mit einer Ortskrankenkasse nötig und bedürfe vorläufig auch einer Erhöhung der Beiträge nicht. Der Sachverhalt sei kurz folgender: Die betr. Gemeindeverwaltung stellte an die Krankenkasse das „Ansinnen", ihr einen Beitrag zu einer zu errichtenden Gemeindepflegestation resp. zur Weiterführung der seither bestehenden Schwesternstation zu gewähren. Des weiteren fügt sie an, ob die Kasse bereit ist, einen Zuschuß zu bewilligen zur Anstellung eines Gemeindebeamten, der außer den Rechnungen